

Corona kam mit einer Frau aus Spanien Ende Februar nach Ecuador, genauer nach Guayaquil. Zunächst sah es so aus, als ob sich die Krankheit nicht weiter verbreiten würde. Alles war erlaubt, wir konnten noch im Land herumfahren. Aber die Vorstellung, Covid-19 auf wenige Fälle eindämmen zu können, war auch hier ein Trugschluss. Als die Fallzahl bei circa 170 lag, wurden die Flughäfen und Grenzen zu den Nachbarländern Peru und Kolumbien geschlossen.

Seit Mitte März wurden von der Regierung fast täglich neue Anweisungen gegeben: Zuerst die Schließung der Restaurants und Cafés, dann aller Nichtlebensmittelgeschäfte. Einstellung des Busverkehrs, Verbot von Überlandfahrten. Damit einher gingen Arbeitsverbote, die Aufforderung zu Homeoffice (Verwaltung, Banken, Schulen). Dann kam die Bitte, nur noch notwendige Einkäufe zu machen oder zum Arzt zu gehen. Zunächst hielten sich die Leute nicht wirklich dran, vor allem aus Guayaquil kamen Meldungen, dass alles wie gewohnt weiter gehe – dementsprechend stiegen auch die Zahlen dort relativ schnell und bald gab es dort auch die ersten Toten.

Inzwischen haben wir seit bald drei Wochen eine immer schärfer werdende Ausgangssperre. In der offenen Zeit sind lediglich Einkäufe und Arztbesuche erlaubt und man muss Beispiel bei 100 Dollar Strafe auf der Straße eine Maske tragen (Wiederholungsfall 200 Dollar). Auch in Supermärkten müssen Masken, manchmal zusätzlich auch noch Handschuhe, getragen werden.

Die Versorgungslage ist trotz allem immer noch gut, aber wir gehören auch zu den Reichen. Für uns ist Situation erträglich: Strom, Wasser, Internet, Müllabfuhr, Lieferung von Trinkwasser, Geld abheben – alles geht weiter. Aber 60 Prozent der Bevölkerung hat kein angemessenes Zuhause, lebt mit einer ganzen Familie in kleinen "Löchern". Für diese Menschen ist eine Ausgangssperre unerträglich, weshalb sie auch nicht überall wirklich eingehalten wird.

Wie die ganzen Straßenhändler, die sonst ein paar Kaugummis, Früchte oder Zahnbürsten verkaufen, diese Zeit überstehen sollen, ist fraglich. Der ganze informelle Sektor der Straßenverkäufer*innen rutscht immer stärker in die Armut. Die Regierung hat außer der Verteilung von Grundnahrungsmitteln kein Gegenmittel. Und auch das klappt nicht wirklich: Am letzten Wochenende sollten ca 200.000 Portionen Grundnahrungsmittel verteilt werden. Das musste aber zunächst abgebrochen werden, weil ein solch großer Andrang war, dass die Maßnahme zur Pandemieeindämmung kontraproduktiv war. Es ist nicht auszuschließen, dass es irgendwann wieder zu einem Aufstand kommen wird. Aber das ist sicherlich nicht nur ein Problem in Ecuador, sondern gilt für viele Länder, die kein funktionierendes Sozialsystem haben.

Auch Homeoffice funktioniert nur für die besser Gestellten. Ob aber die Unis und vor allem Schulen, die jetzt alle auf "digital" umstellen, ihr Programm wirklich anbieten können, ist fraglich und vor allem haben nicht alle Student*innen, besonders die Schüler*innen, einen Internetanschluss. Es ist jetzt schon klar, dass dieses Schuljahr verloren ist, auch wenn man sich zurzeit noch in die Tasche lügt.

Bis vor kurzem unterschied man zwischen nachgewiesenen Fällen und Fällen "unter Verdacht", was die eigentliche Zahl verdoppelt, da die meisten davon sicherlich infiziert sind. Nach der Umstellung der Zählweise stiegen die Zahlen stark an. Anfang April kam auch ein Analyseapparat nach Ecuador, der täglich 1.500 Proben untersuchen kann. Im Augenblick sieht es so aus, als ob sich die Kurve abflacht.

Vergleiche der monatlichen Sterblichkeit in Guayaquil haben gezeigt, dass die Sterblichkeit im März circa 60 Prozent höher war als in "normalen" Jahren, und das obwohl eigentlich nur der halbe März unter Corona stand. Circa 70 Prozent aller positiv getesteten Fälle befinden sich in der Provinz Guayaquil, von dort kamen auch die weltweit zu sehenden Horrorbilder:

Dort stiegen die Zahlen der Corona-Infizierten sehr schnell, dass die Behörden schließlich damit überfordert waren, Tote abzutransportieren. Da die Leute nicht wussten, ob die Menschen an Corona gestorben waren, hatten sie sie vor die Tür gelegt, um die Ansteckungsgefahr zu vermindern. Inzwischen ist die Situation dort geklärt, mit Hilfe des Militärs.

Kürzlich stellte Präsident Moreno in einer TV-Ansprache ein digitales Analysetool vor, mit dem über Handy-Ortung festgestellt wurde, dass Leute mit Corona oder Corona-Verdacht frei in Guyaquil und auch in Quito rumgelaufen sind, und er appellierte an alle, doch wirklich zu Hause zu bleiben. Was da auf dem Bildschirm zu sehen war, sah sehr bedrohlich aus, Kritik an dieser Überwachung habe ich bisher nicht gehört.

Die Leute im Gesundheitswesen geben ihr bestes und wir denken, dass auch viele der Maßnahmen der Regierung verständlich sind. Da es hier nur wenige Intensivbetten im Land gibt und auch die allgemeine medizinische Infrastruktur nicht gut ausgebaut ist, besteht die einzige Chance, das Virus einzudämmen, darin, Kontakte so weit wie möglich zu verhindern und ansonsten auf Hilfe von außen zu hoffen. Dass die medizinische Infrastruktur kaputt gespart ist, kommt hier in einem Entwicklungsland noch stärker zum Tragen als in Deutschland, wo die Privatisierung des Krankensektors ja schon das Gesundheitssystem an seine Grenzen gebracht hat. Hier – wie in fast allen Entwicklungsländern – führten sogenannte Strukturanpassungsprogramme seitens des IWF und internationaler Geldgeber dazu, dass der gesamte Sozialbereich gekürzt wurde, um den Schuldendienst bedienen zu können. Noch Ende März mussten circa 300 Millionen USDollar an Schulden zurück gezahlt werden. Dieses Geld fehlt jetzt zur Bekämpfung von Corona. So ist es auch nicht verwunderlich, dass alle hier ansässigen internationalen NGOs vom ecuadorianischen Außenministerium einen Bettelbrief erhalten hat, doch bitte medizinisches Material zu spenden, gefolgt von einer langen Wunschliste. Der Präsident verkündete am 11. April per Twitter, dass es wichtig wäre, dass alle ab einem Einkommen von 500 Dollar pro Monat sich an der finanziellen Bewältigung der Corona-Krise beteiligen sollten, mit Beiträgen ab 1 Prozent, steigend je nach Einkommen.

Obwohl alle Arbeit still stehen sollte, kommen Berichte, dass Öl- und Minenkonzerne in den entlegenen Regionen weiter arbeiten. Deren Arbeit wird offenbar als "wichtig" für die Aufrechterhaltung der Infrastruktur angesehen, im Gegensatz zu den Protesten der Anwohner überall im Land, die sich gegen den weiteren Ausbau der Minen gewehrt haben und die jetzt bei der Ausgangssperre still halten müssen.

Ein großes Problem ist auch der Umgang mit der indigenen Bevölkerung. In Ecuador hatten die Indigenen vor circa zehn Jahren weitgehende Rechte erstritten, was u. a. dazu führte, dass im Rahmen des Konzeptes von "Buen Vivir" (Gutes Leben für alle) nicht nur der Naturschutz in der ecuadorianischen Verfassung verankert wurde, sondern ihnen auch so etwas wie nationale Rechte zugestanden wurden. D. h. sie können für ihre abgeschlossenen Territorien eigene Grenzen einführen und Visa erteilen. Um den Corona-Virus fernzuhalten, weil er für das Immunsystem der in entlegenen Amazonasregionen lebenden Indigenen fatal wäre, haben sie die Grenzen geschlossen, und selbst ecuadorianischen Staatsbeamten wird die Einreise verweigert. Sämtliche Information über Corona mussten sie sich nun selbst erarbeiten, da von offizieller Seite keine Übersetzungen in die verschiedenen Landessprachen der Indigenen angefertigt wurden. Dies übernahm der große Dachverband CONFENAIIE über die Herstellung von Plakaten in den verschiedenen Sprachen und über Radiosendungen, wie man regelmäßig über Ecuador Today, einen kritischen Telegramm-Dienst erfahren konnte.

Zu allem Überfluss sind vor einigen Tagen in der Gegend von San Rafael zwischen Napo und Sucumbíos im Amazonasgebiet die Rohre des transecuadorianischen Pipelinesystems (SOTE), des Shushufindi-Quito-Polydukts und der Pipeline für schweres Rohöl (OCP) aufgrund einer Landabsenkung und der Bildung eines 70 Meter langen Kraters gebrochen.

Das Gebiet ist stark erdbebengefährdet. Ein Wasserfall sei im Februar eingestürzt und habe sich 1,5 kilometer zurückgezogen, wodurch das gesamte Gebiet gefährdet sei, inklusive des Staudamms des Coca-Codo-Sinclair-Wasserkraftwerks. Verlautbart wurde, dass Ecuador aufgrund von "höherer Gewalt" jetzt den Ölexport nur noch fünf Tage aufrecht erhalten könne – Nachschub komme vorerst nicht.

Diese Umweltkatastrophe verunreinigt die Flüsse Napo und Coca und die Ölpest betrifft mindestens 30 Gemeinden in Sucumbíos und weitere 40 in Orellana. Die Leute leben an den Ufern der Nebenflüsse, einige konsumieren deren Wasser und die meisten leben von Fischerei und Landwirtschaft. Petroecuador, die nationale Ölgesellschaft verlautbarte, dass die Versorgung mit Treibstoff garantiert sei, da es über ausreichende "Vorräte" verfüge, um die aktuelle Nachfrage nach Treibstoff im Land zu decken. Wie den Indigenen geholfen werden solle, dazu gibt es keine Aussage. Gleichzeitig sind 63 Techniker freiwillig isoliert worden, weil sie mit Personen in Kontakt kamen, die Symptome von Covid-19 aufwiesen. Wenigstens das wird dazu beitragen dass sich Corona nicht in die indigene Bevölkerung ausbreitet.

Wir hoffen, dass es aufgrund der relativ scharfen Einschränkungen bald eine Stabilisierung der Lage bezüglich Corona gibt und auch internationale Hilfe kommt, um finanzielle Unterstützung an die Bevölkerung zu geben. Es wäre Zeit, wenn die EU und andere internationale Geldgeber sich der durch Corona hervorgerufenen steigenden Probleme in den Entwicklungsländern bewusst würden und nicht nur Milliarden zur Rettung von großen und mittelständischen Unternehmen ins heimische Umfeld fluteten, sondern auch ihre Verantwortung den ärmeren Ländern gegenüber anerkannten und diesen erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung stellten. Immerhin haben die von uns durchgedrückten globalen Finanz und Handelsstrukturen jahrzehntelang für einen Nettogeldfluss aus armen Ländern in die Taschen der reichen Länder gesorgt. Da könnte man jetzt auch unbürokratisch und schnell Hilfe leisten.

Persönlich rechnen wir nicht damit, vor Juni / Juli einen Flug zurück nach Deutschland zu bekommen. Wir stehen mit der Krisenstelle der Botschaft in Verbindung. Je nach deren Einschätzung werden dann weitere Maßnahmen ergriffen, bis hin zur Evakuierung. Das ist beruhigend, auch wenn wir nicht hoffen, dass es soweit kommen wird.